

Der Vollzugsdienst

6/2017 – 64. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

**„Im Dienst der Menschen“
war das zentrale Thema beim
dbb Gewerkschaftstag**

Ulrich Silberbach zum neuen dbb
Bundesvorsitzenden gewählt

Seite 1

**Dienstpostenbewertung
ist immer noch
nicht fertiggestellt**

Aktuelles aus dem Justizvollzug
in Mecklenburg-Vorpommern

Seite 40

**Schwarz-gelbe
Landesregierung greift
BSBD-Forderungen auf**

Erhebliche Personalerhöhung
für den NRW-Strafvollzug

Seite 50

Foto: © AdobeStock

WIR WÜNSCHEN ALLEN
KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN
UND IHREN LIEBEN
EIN BESINNLICHES WEIHNACHTSFEST,
RUHIGE TAGE ZUM AUSSPANNEN,
ZUM KRAFT SAMMELN
UND VIELE GLÜCKLICHE MOMENTE
IM JAHR 2018.

IHRE BUNDESLEITUNG



INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 2 „Im Dienst der Menschen“ war das zentrale Thema beim dbb Bundesgewerkschaftstag
- 3 Herzlichen Glückwunsch zu den erfolgreichen Wahlen!
- 4 1. Bundeskongress Strafvollzug und Justizverwaltung
- 5 Herbsttagung des Seniorenausschusses
- 5 Vorsorgende Verfügungen sind zwingend erforderlich
- 6 Selbstverteidigung und Eigensicherung: Bundestagung der Ausbilder in Straubing



LANDESVERBÄNDE

- 8 Baden-Württemberg
- 22 Bayern
- 24 Berlin
- 28 Brandenburg
- 31 Bremen
- 32 Hamburg
- 36 Hessen
- 40 Mecklenburg-Vorpommern
- 46 Niedersachsen
- 50 Nordrhein-Westfalen
- 64 Rheinland-Pfalz
- 69 Saarland
- 70 Sachsen
- 75 Sachsen-Anhalt
- 77 Schleswig-Holstein
- 78 Thüringen

FACHTEIL

- 82 Nichtraucherschutz auch im Strafvollzug
- 82 Begründetheit der Anordnung einer amtsärztlichen Untersuchung



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Axel Lehrer	axel.lehrer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Renè Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-Isa.de www.bsbd-Isa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2018:



13. Februar 2018



Hauptausschuss tagte in Arnstadt

Vordringliches Ziel ist eine Personalbedarfsberechnung

Vorbereitung der Personalratswahlen 2018 auf der Tagesordnung



Im kommenden Jahr wird ein Verbandstag einberufen der sich vor allem mit Fragen der Satzung beschäftigen soll.

Fotos (2): T. Hey

Am 25.10.2017 fand in der JSA Arnstadt unsere Hauptausschusssitzung statt. Schwerpunkte waren neben der aktuellen Entwicklung im Justizvollzug insbesondere die Vorbereitung der Personalratswahlen im kommenden Jahr.

Unabhängig von den noch zu bestimmenden Kandidaten wurden Erfahrungen aber auch Erwartungen an die künftige Personalratsarbeit erörtert. Wichtigstes Thema wird zukünftig die Personalsituation im Vollzug sein. Der BSBD sieht nach wie vor als vordring-

liches Ziel, endlich eine an den tatsächlichen Anforderungen ausgerichtete **Personalbedarfsberechnung** zu erreichen. Die Berichte aus den Ortsverbänden bestätigten aus unserer Sicht die katastrophale Personalsituation in den Anstalten.

Dies betrifft nicht nur die Personalausstattung insgesamt, sondern auch die von uns mehrfach angesprochene fehlende berufliche Perspektive für die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten. Entgegen den Versprechungen des Ministeriums nach unserer **Kritik zum späten Beförderungstermin** im

letzten Jahr, wonach dieses Mal bereits im Sommer Beförderungen durchgeführt werden sollten, wurden bisher lediglich bei der JVA Gera und der JVA Hohenleuben und dort ebenfalls erst Mitte bzw. Ende Oktober Beförderungen durchgeführt.

Wann die bei den anderen Justizvollzugseinrichtungen ausgeschriebenen Stellen besetzt werden, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Leider entstehen bei uns auch zunehmend Zweifel daran, dass auch seitens des TMMJV eine gebündelte **Dienstpostenbewertung** angestrebt wird.

Der Sinn der Tätigkeit der vor kurzem gebildeten Arbeitsgruppe dürfte sich einem neutralen Beobachter nicht erschließen, wenn man doch eine Bündelung anstrebt. Es entsteht eher der Eindruck, dass lediglich auf Zeit gespielt wird. Es ist aus unserer Sicht grotesk, dass die Aufgaben auf einzelnen Dienstposten, die sich aus Vorschriften und Regelungen ergeben, jetzt von einer Arbeitsgruppe erfasst werden sollen. Bisher sind wir davon ausgegangen, dass diese Aufgaben bekannt sind. Dass dies offensichtlich nicht so ist, dürfte auf Verwunderung stoßen.

Zunehmend entsteht der Eindruck, dass man sich den echten Problemen nicht stellt – oder sich nicht stellen will und ständig vermeintlich andere und wichtigere Themen als Argumente anführt. Seit geraumer Zeit wird viel diskutiert – aber Resultate sind nicht zu verzeichnen.

Im Hinblick auf die interne Verbandsarbeit wurde ein **Verbandstag für 2018** einberufen, der sich vor allem mit Fragen der Satzung beschäftigen wird.

Aufgrund der aktuellen Entwicklung der Rechtsprechung ist eine Satzungsänderung erforderlich, die allerdings nur von einem Verbandstag beschlossen werden kann.

Über Ort, Zeit und Tagesordnung soll im Januar 2018 in einer Hauptausschusssitzung entschieden werden.

Der Landesvorstand



Besuchen Sie uns im Internet: www.bsbd-thueringen.de



Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands
Gewerkschaft Strafvollzug
Landesverband Thüringen



- Home
- Organisation
- Aktuell
- Termine
- Gesetze usw.
- Presse
- Südänder
- Intranet
- Tarifverhandlungen

Abschied genommen: Letzter Tag in der JVA Gera

Landesregierung verkündet Schließung im Februar 2017

Am 21. Oktober 2017 trafen sich viele Beschäftigte und ehemalige Beschäftigte der JVA Gera zum letzten Mal an ihrer Wirkungsstätte. Bei Bier und Bratwurst – oder auch Kaffee und Kuchen – gab es manche gemeinsame Erinnerung auszutauschen und so manche Anekdote wurde erzählt.

Kritisiert wurde aber auch die undifferenzierte Darstellung und die falschen Behauptungen der Presse in den letzten Tagen, insbesondere der Umstand, dass die aus unserer Sicht falsche Argumentation der Politik ohne eigene Recherche übernommen wurde. Noch

im Sommer 2015 wurde durch Minister Lauinger anlässlich der Feier zum 70-jährigen Bestehen der JVA Gera dargestellt, dass man die JVA bis zur Eröffnung der JVA Zwickau-Marienthal benötigen werde.

Dann, im Februar diesen Jahres, hat man die Schließung verkündet. Wieso plötzlich ein vermeintlichen Investitionsbedarf von mehreren Millionen Euro quasi entdeckt wurde, bleibt offen. Aus unserer Sicht ist er nur herbeigeredet. Plötzlich wurde von einer „maroden JVA“ berichtet. Aber dies ist nun leider Geschichte. Für viele Anwesende war die JVA Gera Mittelpunkt ih-

rer beruflichen Tätigkeit oder auch nur Zwischenstation. Insofern freut es uns, dass viele der Einladung folgten und den Weg, wenn auch zum letzten Mal zur JVA Gera gefunden haben.

Unser besonderer Dank gilt Kollegen Uwe Mahler, der die Organisation dieses Tages und die Bedienung der „Zapfsäule“ übernommen hat, Kollegen Dirk Ehrhardt (Grill), den Kolleginnen Grinke (Kaffee), Kölling und Künzel (Ausschank) und Kollegen Dietz für die Beschaffung sowie allen namentlich nicht genannten Unterstützern.

*Der Landesvorstand/
Ortsverband Gera*



„Vermeintlicher Investitionsbedarf von mehreren Millionen Euro“ führte zur vorzeitigen Schließung der JVA Gera.

Foto: BSBD Thüringen

Die Politik entdeckt den Justizvollzug

„Auch die Opposition bemerkt offensichtlich die schlechte Personalausstattung“

In den letzten Tagen hat Minister Lauinger im Zusammenhang mit der Flucht eines Untersuchungsgefangenen und der Berichterstattung des MDR zu Strukturen der organisierten Kriminalität im Vollzug mehrfach, offensichtlich im Zusammenhang mit den entsprechenden Ereignissen Unterstützung und Hilfe hinsichtlich der Personalsituation zugesagt.

Beachtlich ist in diesem Zusammenhang, dass jetzt auch die Opposition die schlechte Personalausstattung quasi bemerkt hat. Aber worum geht es wirklich? Um den Vollzug – politische Interessen – oder die Person des Ministers? Wir wollen an folgende Umstände erinnern. Der Stellenabbaupfad, der sich im Vollzug besonders gravierend auswirkt, wurde im Wesentlichen von einer CDU-

allein geführten Landesregierung trotz unserer Bedenken im Alleingang beschlossen, wesentliche Teile des Justizvollzuges wurden während der vorangegangenen Legislaturperiode unter Führung einer CDU/SPD-Koalition in andere Bundesländer quasi „verkauft“ (Sicherungsverwahrung nach Hessen, neue JVA nach Sachsen). Alle wesentlichen Entscheidungen hinsichtlich des Justizvollzuges wurden mit breiter Zustimmung des Landtages, trotz unserer, oft auch unbeantworteter Hinweise und Stellungnahmen getroffen.

Die Lage im Justizvollzug dürfte den Abgeordneten aus den Gremien, dort insbesondere der Strafvollzugskommission, die sich nach unserer Wahrnehmung allerdings offensichtlich eher damit beschäftigt, Entscheidungen der Anstalten hinsichtlich einzelner Gefan-

gener – ohne Blick auf das Gesamtsystem – in Frage zu stellen, hinreichend bekannt sein.

Politische Einigkeit über alle Fraktionen und Regierungen besteht darüber hinaus wahrscheinlich auch hinsichtlich des Umstandes, dass in Thüringen, als nahezu einzigem Bundesland, Beförderungen nach Kabinettsbeschlüssen, geknüpft an die aktuelle Haushaltslage – unabhängig von der Frage der Übernahme höherwertiger Tätigkeiten oder dem Leistungsprinzip – erfolgen. Auf eine weitere Aufzählung soll an dieser Stelle verzichtet werden. Ein Umstand bestätigt sich aber leider und zwar der, dass der Vollzug nur von politischem Interesse ist, wenn etwas passiert oder negativ berichtet wird. Dann wird regelmäßig versucht, dies jemanden in die Schuhe zu schieben – aus unserer

Sicht oft, ohne dass ein wirklicher Veränderungs-wille besteht.

Vieles ist eben nicht besser geworden – nur bestenfalls anders – oft eben aber auch schlechter. Insofern trägt die jetzt in der Politik von vielen geführte Diskussion deutliche Züge von Scheinheiligkeit. Die jetzige Landesregierung und damit auch der Minister muss sich hinsichtlich des Justizvollzuges aber vorwerfen lassen, dass sie/er viele Versprechungen und auch eigene Regelungen aus dem Koalitionsvertrag, an die viele Erwartungen geknüpft waren, bisher nicht umgesetzt hat und auch keine dementsprechenden Bemühungen erkennbar sind.

Unter 12.4. und der Überschrift „**Rechtspolitik/Justiz**“ des Koalitionsvertrages für die 6. Wahlperiode des Thüringer Landtages wurde zwischen den Regierungsparteien u. a. folgendes ausgeführt:

„Wir stimmen darin überein, dass angesichts der Altersstruktur in der Thüringer Justiz ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen ist mit dem Ziel der Verjüngung des Personalkörpers.“

Aufgrund der besonderen Altersstruktur ... wird eine notwendige Einstellungsreserve gebildet. Durch zusätzliche Einstellungen in allen Justizlaufbahnen werden die in den kommenden Jahren sprunghaft ansteigenden Altersabgänge zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes kompensiert und die Arbeitsfähigkeit der Justiz in Thüringen gesichert. Dies gilt insbesondere für den mittleren Dienst.

Das vorhandene Stellenabbaukonzept der Landesregierung für den Bereich der Justiz ist bis 2016 ... zu prüfen und anzupassen. ... Der Behandlungsvollzug soll durch eine personelle Stärkung ... weiter verbessert werden. ...“

(s. „Koalitionsvertrag zwischen den Parteien DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ Inhaltliche Endfassung – Stand: 20.11.14, Seite 9)

Die Realität ist meilenweit davon entfernt. Der Altersdurchschnitt ist weiter gestiegen, der Personalbestand weiter gesunken usw.

Minister **Lauinger** wird sich nun im nächsten Jahr an seinem aktuellen Versprechen, im ersten Halbjahr ein entsprechendes Konzept vorzulegen, messen lassen müssen. Soweit der Minister in diesem Zusammenhang wieder auf die Tätigkeit der Arbeitsgruppen im Jahr 2016 hingewiesen hat, müssen wir erneut auf unser entsprechendes Schreiben vom Dezember 2016 an das TMMJV erinnern, welches bis heute im Übrigen unbeantwortet geblieben ist.

Unsere kritischen Nachfragen und insbesondere gegenteiligen Auffassungen wurden oft mit dem Argument, man solle dies nicht ernst nehmen – beantwortet.

Damals hatten wir in unserem Schreiben u.a. folgendes mitgeteilt:

„... Der Minister hatte dem **BSBD** mit Schreiben vom 30.06.2016 mitgeteilt, dass alleiniger Grund der Einrichtung der Arbeitsgruppen die Entlastung des Personals sei. Einen Zusammenhang zwischen diesem Ziel und den Beschlüssen vermag der **BSBD** nicht bzw. allenfalls vereinzelt zu erkennen. Wir gehen vielmehr davon aus, dass sich bei einer Umsetzung vieler Beschlüsse die Lage der Beschäftigten deutlich verschlechtern würde.“

Viele Beschlüsse sind zudem auch darauf gerichtet, „Ist-Zustände“ zu erfassen oder zu beschreiben oder Aufträge für die Zukunft zu verteilen. Ein eigener Regelungscharakter oder eine entsprechende Empfehlung ist oft nicht zu erkennen. Es ist zudem nicht erkennbar, welche Vorgaben (Strukturen, Aufgaben usw.) von der Aufsichtsbehörde künftig vorgegeben werden und welchen Grad an Verbindlichkeit die entsprechenden Vorarbeiten haben sollen. Viele Begründungen zu den Beschlüssen enthalten Behauptungen, die aus Sicht des **BSBD** nicht oder nur eingeschränkt zutreffen...“

Aus unserer Sicht ist es eher so, dass die Bediensteten zu Beginn ihrer Tätigkeit hoch motiviert sind und erst nach einer gewissen Zeit der beruflichen Tätigkeit Ernüchterung einzieht, wenn die Bediensteten realisieren, dass ihnen eine berufliche Entwicklung quasi vorenthalten wird und ihnen vermittelt wird, dass sie durch quasi jedermann ersetzbar sind oder man quasi nach Belieben über ihren Einsatz entscheidet.

Der **BSBD** weist in diesem Zusammenhang kritisch darauf hin, dass der Beschluss, wonach man bestimmte Bedienstete durch Beschäftigte, die man nur kurz einweisen müsse und die ja flexibler als Beamte seien, diesen Eindruck noch verstärkt hat.

Aus Sicht des **BSBD** ist es im Hinblick auf die viel genannte Motivation unerlässlich, den Bediensteten eine relativ verlässliche berufliche Perspektive zu eröffnen und ihre Tätigkeit mehr als bisher anzuerkennen.

Der **BSBD** hatte in seinem Schreiben an den Minister bereits darauf hingewiesen, dass er grundsätzliche Zweifel daran hat, dass grundlegende zweckmäßige Änderungen im Aufbau oder der Organisation der Justizvollzugsanstalten erfolgen können, weil die Strukturen jedenfalls der Hauptsache nach Ergebnis einer län-

geren Entwicklung sind und im Übrigen auch dem Aufbau und der Organisation von Justizvollzugsanstalten in allen anderen Bundesländern gleicht. ... Da die Arbeitsgruppen keine nennenswerten Aussagen zu möglichen Änderungen in der Aufgabenstruktur beschrieben haben, geht der **BSBD** davon aus, dass sich seine o.g. Auffassung durchgesetzt hat und die Struktur und die Aufgaben im Wesentlichen gleich bleiben.

Aus Sicht des **BSBD** kann das vom Minister vorgegebene Ziel daher nur erreicht werden, wenn zusätzliches Personal eingestellt wird und endlich die gesetzliche Verpflichtung, die Anstalten mit dem erforderlichen Personal auszustatten, umgesetzt wird. Dazu ist eine Personalberechnung, die aus für uns nicht nachvollziehbaren Gründen immer wieder in die Zukunft verschoben wird, unerlässliche Grundlage.

Die von den Arbeitsgruppen in diesem Zusammenhang geforderte detaillierte Dienstpostenbeschreibung ist aus Sicht des **BSBD** nachgeordnet, da ja der Gesamtumfang der Aufgaben feststeht und die Beschreibung ja nur die Verteilung dieser Aufgaben auf einzelne Dienstposten umfasst.

Im Übrigen ist es so, dass eine Vielzahl der Funktionen an die unmittelbare Betreuung und Beaufsichtigung der Gefangenen gebunden ist, die in jedem Falle zu gewährleisten ist. Insofern stellt die letzte Personalbemessung für die Anstalten aus dem Jahre 2004 eine gute Grundlage dar. Diese muss aus Sicht des **BSBD** lediglich mit den veränderten statistischen Daten (die ja feststehen dürften) und den ggf. geänderten Aufgaben in Folge baulicher und gesetzlicher Änderungen aktualisiert werden. Dafür dürfte ein vergleichsweise kurzer Zeitraum von wenigen Wochen ausreichen.“

(Schreiben des BSBD vom 07.12.2016 an das TMMJV).

Allen Beteiligten dürfte klar sein, dass ohne eine Personalbedarfsberechnung alle möglichen Konzepte keinen praktischen Wert haben werden. Der **BSBD** erwartet, dass man sich mit unseren Standpunkten in grundsätzlichen Fragen intensiver als bisher auseinandersetzt.

Gegenwärtig bereiten wir unsere Stellungnahme zur Fortschreibung und Änderung des Justizvollzugskonzepts für Thüringen vor und sind gespannt, wie mit unseren Anmerkungen in Anbetracht der genannten Umstände und der gegenwärtigen Situation umgegangen wird. **Wir werden am Ball bleiben und Euch weiter informieren.**

Der Landesvorstand



Unterzeichnung der Beitrittserklärung – V.l.n.r.: Die Vorsitzenden der Strafvollzugsgewerkschaften Polen, Slowakei, Thüringen, Saarland, Rheinland-Pfalz, und Ungarn. Fotos (2): L. Ambrosius

Im Fokus stand der gemeinsame Erfahrungsaustausch

Jahreskonferenz der Föderation Europäischer Strafvollzugsgewerkschaften in der Slowakei

Vom 16. bis 20. Oktober 2017 fand in Kovacova (Slowakei) die diesjährige Konferenz der Föderation Europäischer Strafvollzugsgewerkschaften statt, an der ich als Landesvorsitzender teilgenommen habe.



Die Vorsitzenden nach Unterzeichnung der Beitrittserklärung der ungarischen Strafvollzugsgewerkschaft zur Föderation mit den Urkunden.

Neben den BSBD-Landesverbänden Rheinland-Pfalz und Saarland (BSJ) sowie der Polnischen Strafvollzugsgewerkschaft ist auch der BSBD Thüringen Gründungsmitglied dieser Vereinigung.

Die Kollegen aus der Slowakei hatten bereits bei ihrem Beitritt zur Föderation im Jahr 2015 in Opole (Polen) in Aussicht gestellt, die Konferenz 2017 in ihrem Land zu organisieren. Nach der Anreise am 16. Oktober 2017 stand am nächsten Tag die Vorstellung des Justizvollzuges der einzelnen Mitgliedsländer und der Erfahrungsaustausch im Fokus. Es wurde festgestellt, dass zum Teil erhebliche Unterschiede bestehen, aber auch viele Gemeinsamkeiten.

Am 18. Oktober 2017 haben wir gemeinsam die Justizvollzugsanstalt für Untersuchungs- und Strafhaft in Banska-Bystrica besichtigt. Der Nachmittag wurde für einen Ausflug nach Banska-Stiavnica, einem alten Bergbauort mit Besichtigung eines Bergwerks mit Museum genutzt.

Am Abend wurde dann die Beitrittsurkunde zum Beitritt der Ungarischen Strafvollzugsgewerkschaft in die Föderation unterzeichnet. Die Jahreskonferenz 2018 wird in Ungarn stattfinden.

Am Rande des offiziellen Tagungsprogramms wurden Vorgespräche zu einer möglichen Seminarreise in die Slowakei durch unseren Bundesseminarleiter **Winfried Conrad** (Vors. BSBD Rheinland-Pfalz) mit den slowakischen Kollegen geführt.

Sofern diese erfolgreich verlaufen, können wir im nächsten Jahr unseren Mitgliedern eine Teilnahme anbieten.

Jörg Bursian

Nachruf

Wir trauern um unseren langjährigen Kollegen

Torsten Koch

der plötzlich, unerwartet und für uns alle unfassbar im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Sein viel zu früher Tod hat uns sehr erschüttert.



Wir verlieren mit ihm einen zuverlässigen Mitarbeiter und nehmen betroffen Abschied.

Den Angehörigen gilt unsere tiefste Anteilnahme.

*Der BSBD-Ortsverband Goldlauter
Der örtliche Personalrat*